

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Professor e.h. Dr. Robert M.W. Kempner, Vizehauptankläger der USA im Nürnberger Prozeß, zum 20. Juli 1944: Symbol des Widerstandes.

Seite 1

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, fordert die Freilassung des südafrikanischen Freiheitskämpfers Nelson Mandela: Bonn muß Pretoria drängen.

Seite 4

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, befaßt sich mit den bundesdeutsch-sudanesischen Beziehungen: Bonner Ratlosigkeit.

Seite 5

39. Jahrgang / 135

17. Juli 1984

Der 20. Juli 1944 als Symbol des Widerstandes

Die Bedeutung dieses Tages geht weit über das Stauffenberg-Attentat hinaus

Von Professor e.h. Dr. Robert M. W. Kempner
Vize-Hauptankläger der USA im Nürnberger Prozeß

Am 20. Juli 1984 fährt sich zum vierzigsten Male der Tag des mißglückten Attentats des Berthold Schenk Graf von Stauffenberg auf Adolf Hitler. Dieser Tag ist ein Symboltag für die gesamten Widerstandsbewegungen gegen den Diktator Adolf Hitler und sein verbrecherisches Regime.

Der leider keineswegs energische Widerstand gegen Hitler begann bereits im Jahre 1928, als die Zahl der Nationalsozialisten im damaligen Deutschen Reich immer stärker zunahm. Die erste nennenswerte Widerstandsbewegung war eine staatliche, nämlich die des sozialdemokratischen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, der Innenminister Albert Grzesinski und Carl Severing, des demokratischen Staatssekretärs Wilhelm Abegg, des Reichsbanners und dem SPD-Oberpräsidenten Hörsing, des Vorsitzenden Höltermann und des energischen Vorstandsmitgliedes Hubertus Prinz zu Löwenstein.

Der eigentliche Widerstand bestand in dem im Sommer 1930 beginnenden Ersuchen Otto Brauns an den Reichskanzler Heinrich Brüning, die NSDAP mit ihren Gliederungen als staats- und republikfeindliche hochverräterische Verbindung im Sinne des Strafgesetzbuches verbieten zu lassen. Dies geschah aufgrund von Denkschriften des Preußischen Innenministeriums, sowie des Polizeipräsidiiums Berlin. Ministerialdirektor Erich Klausener, der Zentrumsangehörige, war damals Chef der Polizeiabteilung im Preußischen Innenministerium. Er war einer der Verantwortlichen für die Denkschrift (er wurde am 30. Juni 1934 ermordet), ebenso wie der Berliner Polizei-Vizepräsident Bernhard Weiss und seine Mitarbeiter H. Schoch, O. Arian und J. Stumm (nach dem Kriege Berliner Polizeipräsident).



Als Justitiar der Polizeiabteilung war ich selbst an der Ausarbeitung der Beweismittel beteiligt und darf hinzufügen, daß ich bereits 1932 beim Oberreichsanwalt ein Strafverfahren gegen Hitler wegen seiner hochverräterischen Tätigkeit und Meineids mit dem Ziel der späteren Ausweisung des Verbrechers als lästigen Ausländer beantragt hatte.

Die preußischen Widerstands-Schritte bei der Reichsregierung in den Jahren 1930 bis 1932 schlugen fehl. Der Kanzler Heinrich Brüning hatte die schwere Bedrohung der Weimarer Republik durch die Nationalsozialisten nicht erkannt, ebensowenig wie die Deutschnationalen. Er hatte in den Jahren seiner politischen Laufbahn nicht begriffen, daß man mit Verbrechern nicht paktieren kann. Auf ein Ersuchen Preußens schrieb er im Jahre 1932 "bleibt unbeantwortet" und die Anlagen ließ er vernichten. Sie sollten der Kenntnis des Reichspräsidenten von Hindenburg entzogen werden. Meinem Antrag auf ein Strafverfahren gegen Hitler wurde von der Reichsanwaltschaft, in der damals schon der Wurm saß, nicht entsprochen. Dafür sorgte auch 1932 bereits das Reichskabinett des Franz von Papen.

Der erste, vornehmlich von Sozialdemokraten getragene Widerstand, bei dessen Gelingen der Weltkrieg hätte verhindert werden können, war durch die Trägheit und Dummheit von Politikern und die Energie Hitlers und Görings gebrochen. Hitler und Göring konnten ihr verbrecherisches Regime beginnen; als ihre deutschnationalen Assoziierten den kleinsten Widerstand leisteten, wurden sie baldigst aus dem Kabinett und Staatsämtern entfernt.

Vom Augenblick der Machtübernahme, dem 30. Januar 1933, an, wurde ein Widerstand gegen das Regime, das nach dem Reichstagsbrand die bürgerlichen Rechte aufgehoben und Konzentrationslager eingeführt hatte, außerordentlich schwierig. Der Sozialdemokrat Otto Wels konnte seinen Widerstand gegen das Ermächtigungsgesetz gerade noch im Reichstag energisch zur Sprache bringen. Allein bis zum Ende des Jahres 1934 waren mehrere hundert Personen vom Regime ermordet worden, die als Widerständler vermutet wurden. Politiker, die einen Widerstand hätten organisieren können, waren bereits im KZ; man denke zum Beispiel an Ernst Heilmann, den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Preußischen Landtag, oder an Carl von Ossietzky, den Schriftsteller und späteren Nobelpreisträger, auch Kurt Schumacher und Fritz Erler.

Eine gewisse Anzahl von voraussichtlichen Kämpfern gegen das Hitlerregime hatten noch ins Ausland flüchten können, um dort eine energische Tätigkeit zu beginnen. Man denke nur an Heinz Kühn, dem Nachkriegs-Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, an Max Brauer, Herbert Weichmann, Gerhard Seger (früher MdR), Rudolf Katz (später Verfassungsrichter), oder an Otto Braun, Joseph Wirth oder Waldemar von Knoeringen, um nur einige zu nennen. Die im Ausland tätigen deutschen Widerstandskämpfer aus den verschiedensten Gruppen waren vielleicht die erfolgreichsten. Man denke nur an Männer, wie den Sozialdemokraten Hans Simons, Sohn des ehemaligen Reichsaußenministers, der später als Vertreter der USA an der Schaffung des Grundgesetzes mitwirkte.

Die Bedeutung der literarischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Widerstandskämpfer aus den verschiedensten Parteien hatte in den USA besonders auch beim Präsidenten F.D. Roosevelt starken Einfluß: Albert Einstein, Thomas und Heinrich Mann, Professor Emil Julius Gumbel, Erich Maria Remarque, Marlene Dietrich, Professor Paul Tillich. - Auch dies ist nur eine kleine Auswahl. Viele hundert von jüdischen Refugees, deren Widerstandstätigkeit aus der Zeitschrift "Aufbau", New York, ersichtlich ist, trugen durch verschiedene Arten ihrer Tätigkeit zur Zerstörung des Hitler-Regimes erheblich bei.

Es ist bedauerlich, daß die Bedeutung der Gegner des Hitlerregimes aus dem Ausland, in den Konferenzen über den Widerstand nur selten betont wird. Offenbar haben die



heutigen Widerstandsforscher wenig Interesse gezeigt und kaum Forschungen in den USA, Großbritannien und den skandinavischen Ländern (Willy Brandt!, Ernst Peuter) unternommen.

In dem großen geschichtlichen Kapitel Widerstand wird selten betont, daß der Widerstand von deutschen Gruppen im In- und Ausland niemals zu einem Erfolg hätte führen können, wenn nicht 160.000 junge Amerikaner ihr Leben im Kampf gegen das Hitlerregime in Europa hätten opfern müssen. Dazu kommen die Hunderttausende von russischen Soldaten im Osten.

Erst in den letzten Jahren wird bei der Erwähnung von Widerstandskämpfern in Deutschland auf die zahlreichen Gruppen - Studenten, Sozialdemokraten, Kommunisten, religiöse Gruppen und andere - hingewiesen, die durch Flugblattverteilung und mit anderen Mitteln ihre regimfeindliche Tätigkeit unter ständiger Gestapobedrohung ausgeübt haben; viele von ihnen wurden verhaftet und bezahlten mit dem Leben. Die weit über zehntausende von Todesurteilen durch Militärgerichte, Sondergerichte, Standgerichte und dem Volksgerichtshof sind der beste Beweis dafür.

Die Attentatsversuche gegen Hitler durch Georg Elser 1939 im Münchner Bürgerbräukeller und durch Fabian von Schlabrendorff am 13. März 1943 (Offiziere gegen Hitler) sind besonders markante Zeichen des Widerstandes. Der Höhepunkt war der 20. Juli 1944, der sich jetzt zum vierzigsten Male jährt und ein Symbol des gesamten Widerstandes bildet. Die Bedeutung dieses Tages geht weit über das Stauffenberg-Attentat hinaus. Das war nicht nur ein konservativ-patriotisches Unternehmen.

In dem geplanten neuen Kabinett von Carl Goerdeler sollte der Sozialdemokrat Wilhelm Leuschner Vizkanzler werden. Der Kreisauer Kreis erfaßte nicht nur konservative Schichten. Zu ihm gehörte zum Beispiel auch der Jesuit Alfred Delp. Nur selten wird bei Veranstaltungen zum 20. Juli erwähnt, daß über viertausend, meist katholische Geistliche für ihre Anti-Hitler-Bemerkungen, auf der Kanzel oder im Beichtstuhl, ermordet wurden; davon einhundertundzwanzig durch Gerichte! Eine gerichtliche Sühne für die Bluturteile des Roland Freisler, auf die ich seit etwa zwanzig Jahren gedrungen habe, ist bis heute trotz mancher Bemühungen noch nicht erfolgt. Ein trauriges Zeichen der Zeit.

Es ist nicht erstaunlich, daß infolge der oft unzureichenden Bekämpfung die Tätigkeit der Neo-Nazis in den letzten Jahren immer frecher geworden ist. Sie nutzen die teilweise unzureichenden polizeilichen und juristischen Möglichkeiten. Eine Erweiterung der strafgesetzlichen Bestimmungen läßt auch heute noch auf sich warten. Das ist eine traurige Bilanz an diesem Tage, an dem hunderte von Widerstandskämpfern gegen das Hitlerregime Opfer ihrer Gesinnung und Tapferkeit wurden.

Julius Leber schrieb nach dem 20. Juli 1944 vor seiner Hinrichtung an seine Parteifreunde: "Für eine so gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis." In Wilhelm Leuschners Brief einige Tage vor seiner Hinrichtung hieß es: "Einig bleiben und wieder wiederaufbauen!" (-/17.7.1984/ks/rs)

+ + +

Der Verfasser, 1899 geboren, war vor der "Machtergreifung" Justiziar der Polizeiabteilung des Preußischen Innenministeriums. Er hat schon 1932 die Bestrafung Hitlers wegen seiner hochverräterischen Unternehmungen und Meineides beantragt. Nach seiner Haft und erzwungenen Auswanderung hat er den Standort seines Kampfes gegen Hitler von Berlin, Unter den Linden, nach Washington, D.C., USA, verlegt und wurde später bei den Nürnberger Prozessen zuletzt als stellvertretender Hauptankläger im sogenannten Wilhelmstraßenprozeß Ankläger von vier Ministern, sieben Staatssekretären und Diplomaten des Dritten Reiches.



Freiheit für Nelson Mandela!

Die Bundesregierung soll sich für den südafrikanischen Freiheitskämpfer einsetzen

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nelson Mandela, der populärste Führer der südafrikanischen Befreiungsorganisation ANC, sitzt immer noch hinter Gittern. Seit 20 Jahren hält ihn das rassistische Apartheidregime auf Robben Island, der Gefängnisinsel vor Kapstadt, unter unwürdigen Haftbedingungen fest. Nur seine Frau darf ihn einmal im Monat besuchen. Sie sehen sich dann durch das Sicherheitsglas. Miteinander reden können sie nur über's Telefon.

Der Fall Nelson Mandela kennzeichnet schlaglichtartig die Unmenschlichkeit, die innere Schwäche und die Unglaubwürdigkeit des weißen Minderheitsregimes in Südafrika.

Die südafrikanische Regierung verhält sich unmenschlich, indem sie immer noch der schwarzen Bevölkerungsmehrheit gleiche Rechte verweigert, indem sie Millionen von Menschen zwangsweise umsiedelt und indem sie die Nachbarstaaten mit wirtschaftlichem und militärischem Druck destabilisiert.

Eine Regierung ist unglaubwürdig, wenn sie mit Mozambique und Angola Verträge schließt, deren Text von Befriedung im südlichen Afrika redet, gleichzeitig aber im Innern nicht Frieden macht mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, sondern deren Führer in Ketten und die Menschen in Angst und Schrecken hält.

Die südafrikanische Regierung spürt offenbar die innere Schwäche ihres Machtanspruchs. Warum sonst sollte sie einen Mann, den sie durch zwanzigjährige Haft und Folter zerbrochen hat, noch immer fürchten? Sie schätzt das Risiko, daß Nelson Mandela hinter Gittern zum Märtyrer wird, offenbar geringer ein als die Gefahr, die er als freier Mann und Sprecher für die Rechte der schwarzen Bevölkerungsmehrheit für das Regime der Weißen bedeuten könnte. Damit läßt sie erkennen, wie sehr ihr die Kraft des schwarzen Widerstands gegen die Unterdrückung, aber auch die eigene innere Schwäche der weißen Minderheits Herrschaft bewußt sind.

Ich appelliere an P.W. Botha, den Ministerpräsidenten Südafrikas: Lassen Sie Nelson Mandela frei. Geben Sie ihn seiner Familie und seinem Volke zurück. Und ich fordere den deutschen Bundeskanzler und Außenminister Genscher auf: Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen. Drängen Sie die südafrikanische Regierung, Nelson Mandela endlich von Robben Island zu entlassen.
(-/17.7.1984/ks/rs)

+ + +



Bonner Ratlosigkeit gegenüber dem Sudan

Der Abzug von Entwicklungshelfern ist kein Beitrag zur Konfliktlösung

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Sudan, ein Schwerpunktland der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit, befindet sich wegen der forcierten Islamisierungspolitik von Präsident Numeiri in einer schweren innenpolitischen Krise. Diese wird noch durch wirtschaftliche Schwierigkeiten, Konflikte mit den Nachbarländern Libyen und Äthiopien sowie dem neuentflammten Bürgerkrieg im Süden des Landes verstärkt.

Die bundesdeutsche Entwicklungszusammenarbeit hat bislang noch keine ausreichende Antwort auf die krisenhaften Verwerfungen innerhalb des Sudan gefunden. Sie verfügt weder über verlässliche Analysen der zu erwartenden weiteren politischen Entwicklung, noch ist sie bei ihrem selbstgesteckten Ziel, eine Neuorientierung der deutschen Hilfe vorzunehmen, weitergekommen.

Die Situation im Südsudan ist aktuell auch dadurch beeinflusst worden, daß der Deutsche Entwicklungsdienst und die Bundesregierung entschieden haben, wegen der - wie sie sagen - zugespitzten Sicherheitslage sämtliche Entwicklungshelfer und Fachkräfte zurückzuziehen. Ob die Tragweite dieser Entscheidung in Berlin und in Bonn ausreichend berücksichtigt worden ist, kann bezweifelt werden. Nicht von der Hand zu weisen ist nämlich der Vorwurf, daß der deutsche Rückzug nicht gerade zur Stabilisierung der Lage im Südsudan beiträgt. Ebenso zweifelhaft ist, ob die internationalen Bemühungen, den neuentflammten Bürgerkrieg im Südsudan unter Kontrolle zu halten, durch den deutschen Rückzug unterstützt werden.

Die am 30. Mai gefangengenommenen beiden deutschen Entwicklungshelfer befinden sich noch immer in der Hand der südsudanesischen Befreiungsbewegung SPLM. Die von deutscher Seite unternommenen Bemühungen zu ihrer Befreiung haben bis heute noch zu keinem Erfolg geführt. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion erwartet, daß die Bundesregierung wirklich alles ihr Mögliche zur Freilassung der beiden Entwicklungshelfer tut. Falls Fehlentscheidungen beziehungsweise Unterlassungen in Bonn oder Berlin zu beklagen sind, sollte dies rasch korrigiert werden. Deshalb habe ich folgende parlamentarische Fragen an die Bundesregierung gestellt:

1. Welchen konkreten Schritt hat die Bundesregierung zur Freilassung der seit über sieben Wochen im Südsudan gefangenen beiden deutschen Entwicklungshelfer unternommen, und was gedenkt sie, noch zu tun?
2. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die südsudanesische Befreiungsbewegung SPLM bereit gewesen ist, beide Entwicklungshelfer ohne Bedingungen aus humanitären Gründen zu entlassen, und kann sie erklären, aus welchen Gründen die Freilassung dennoch nicht erfolgt ist?

(-/17.7.1984/ks/rs)

+ + +

